

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin, Oranienstraße 164, 10969 Berlin

An:
Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)
Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
Feurigstraße 54
10827 Berlin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin

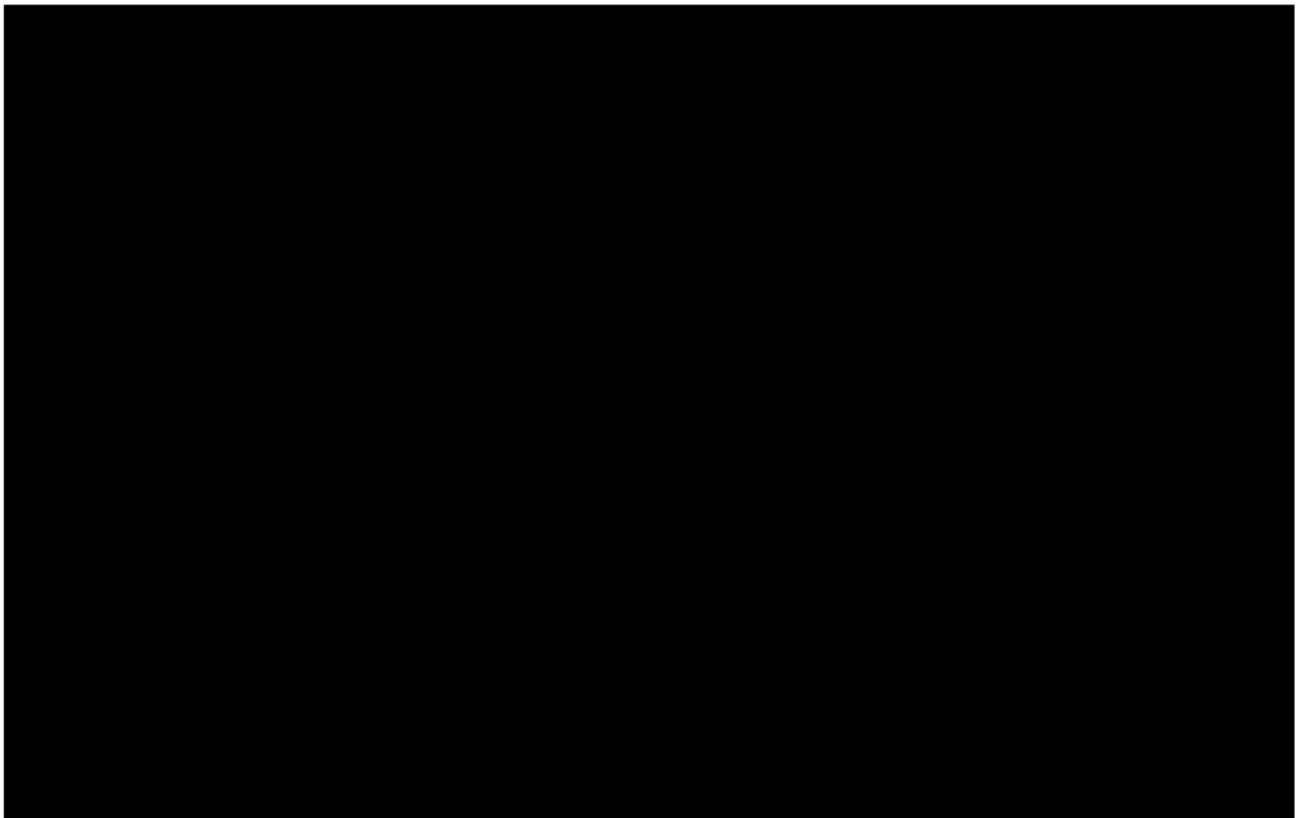
Nina Stahr und Philmon Ghirmai
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Oranienstraße 164
10969 Berlin

Kontakt für Rückfragen:
wahlpruefsteine@gruene-berlin.de

Berlin, 28. Juli 2026

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf die Wahlprüfsteine von LSVD Verband Queere Vielfalt Berlin-Brandenburg zur Abgeordnetenhauswahl 2026



Änderungen oder Kürzungen bedürfen erneuter Freigabe.

Frage 1: Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, im nächsten Landeshaushalt eine namentlich ausgewiesene, mehrjährige Haushaltslinie für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan bereitzustellen (bitte Betrag oder prozentualen Anteil nennen), eine beim Senat angesiedelte Queerbeauftragte dauerhaft für die kommende Legislaturperiode zu verankern sowie eine langfristige, mehrjährige Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen für LSBTIQ in allen Berliner Bezirken sicherzustellen?

Angesichts der aktuellen Haushaltssituation ist es klar, dass es in den kommenden Jahren darauf ankommen wird, queere Infrastruktur mitsamt ihren Beratungs-, Empowermentangeboten und Safer Spaces politisch klar zu verteidigen, zu sichern und sie zuverlässig zu fördern. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich! Wir wollen den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan der Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) nicht nur fortführen, sondern weiterentwickeln und ihm einen Neustart verpassen: Er ist das zentrale Instrument zur Förderung und Sicherung queeren Lebens in allen Bereichen der Berliner Stadtgesellschaft! Wir wollen ihn daher zu einer umfassenden Gesamtstrategie ausbauen. Und wir werden die Verbindlichkeit der Maßnahmen erhöhen und setzen klare und nachprüfbar Ziele und Aufgaben für alle Senatsverwaltungen. Dabei beteiligen wir die queeren Communities dauerhaft und wirksam an der Konzeption und Umsetzung. Die Bezirke werden wir stärker als bisher einbinden und ein starkes Steuerungsgremium zur Koordination einsetzen, dessen Umsetzung transparent evaluiert wird. Darüber hinaus ist es für uns ein zentrales Vorhaben für die kommende Wahlperiode, in allen Bezirken einheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ* zu schaffen. Es darf eben nicht davon abhängen, wo man als LSBTIQ* in Berlin wohnt, um z. B. Unterstützung beim Coming-out zu erhalten. Wir teilen daher das Ziel, den Aktionsplan dauerhaft im Landeshaushalt abzusichern und für eine ausreichende und verlässliche Finanzierung zu sorgen. Dazu gehört als erstes für uns, die im letzten Doppelhaushalt vorgenommenen Kürzungen von mehr als 10 Prozent zurückzunehmen und damit den ungekürzten Teilansatz der IGSV im Haushalt der Landesantidiskriminierungsstelle von 10,29 Mio Euro wieder herzustellen und zur Grundlage der kommenden Planungen zu machen. Für den Ausbau und die Stärkung der IGSV und von queerer Infrastruktur in allen Bezirken, zu der wir uns bekennen, wird es zusätzliche Ressourcen brauchen. Für uns ist dabei wichtig, dass – anders als bisher – alle zuständigen Verwaltungen künftig die Finanzierung der haushaltsrelevanten Maßnahmen des Aktionsplans in ihren jeweiligen Haushaltsplänen selbst absichern – und dass auch alle Bezirke hinreichend Mittel für den Aktionsplan bereitstellen. Die IGSV braucht auch bei der Finanzierung eine senatsübergreifende und gesamtstädtische Verantwortung.

Die Einrichtung von beauftragten Personen für vulnerable und von Diskriminierung betroffene Gruppen wie Jüdinnen und Juden, Muslim*innen, Sinti*zze und Rom*nja oder LSBTIQ* in unserer Stadt halten wir für absolut notwendig und richtig. Sie werden wir auch im Haushalt absichern. Dazu gehört der Queerbeauftragte auf Landesebene genauso wie die Beauftragten in den Bezirken. Wir wollen, dass in der kommenden Legislaturperiode endlich in allen Bezirken eine queerbeauftragte Person* eingesetzt wird und werden dafür eine gesetzliche Grundlage schaffen.

Viele soziale Träger sind angesichts der Kürzungspolitik und des Haushaltschaos des schwarz-roten Berliner Senats zu Tausenden auf die Straße gegangen. Zu Recht! Wir wollen eine andere Haushaltspolitik und einen anderen Umgang mit den geförderten zivilgesellschaftlichen Projekten: transparent, fair und verlässlich. Daher werden wir neue und verbesserte Bedingungen im Zuwendungsrecht schaffen. Dazu gehören ganz ausdrücklich Möglichkeiten der mehrjährigen Förderung, die den Beschäftigten mehr als immer nur bis zum Ende des laufenden Jahres Sicherheit bieten. Rechtlich sind Zuwendungen bis zu fünf Jahren möglich. Derzeit läuft dazu mit wenigen Trägern ein Modellprojekt. Wir wollen eine rasche Öffnung auf alle in Frage kommenden Zuwendungsempfänger*innen, zu denen natürlich auch viele queere Projekte gehören. Arbeit im öffentlichen Auftrag muss gute Arbeit sein.

Frage 2: Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?

Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist eine Berliner Erfolgsgeschichte. Wir wollen es gemeinsam mit der Zivilgesellschaft evaluieren und weiterentwickeln, um seinen Schutz noch breiter wirksam werden zu lassen. Dazu novellieren wir das LADG: Wir erweitern den Merkmalskatalog um Diskriminierungsmerkmale wie Diskriminierung aufgrund des Gewichts, der Staatsangehörigkeit, des Aufenthaltsstatus oder des Familienstands und wenden das Gesetz verbindlich auch auf landeseigene Unternehmen an. Die Verjährungsfrist, also die Ansprüche auf Schadensersatz oder Entschädigung nach dem LADG, die bisher innerhalb von einem Jahr verjähren, wird auf drei Jahre verlängert, gleichzeitig steigen die Entschädigungshöhen zur Abschreckung. Zudem schaffen wir einen Rechtshilfefonds für Verbandsklagen. Wir stärken die LADG-Ombudsstelle und stellen sie als unabhängige Behörde auf. Sie erhält ein Initiativrecht und ein eigenes Presserecht. Unter dem Dach der LADG-Ombudsstelle werden wir eine unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen einrichten. Und auch auf Bundesebene werden wir uns von Berlin aus für eine Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes mit der Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einsetzen.

Wir sind der Überzeugung, dass die Berliner Verwaltung bei der Entwicklung und Umsetzung von Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien eine Vorreiterrolle übernehmen muss. Das Diversity-Landesprogramm haben wir dazu 2020 auf den Weg gebracht, um die Förderung von Vielfalt zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele aber nicht erreicht. Etliche Maßnahmen bleiben unverbindlich; es fehlt an einer senatsübergreifenden Steuerung. Wir Grüne wollen daher das Diversity-Landesprogramm mit mehr Verbindlichkeit für alle Verwaltungen ausstatten. Dazu gehört auch ein regelmäßiges Monitoring. Zentrale Maßnahmen des Landesprogramms – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichbehandlung – wollen wir gesetzlich verankern. Neben den bisherigen Schwerpunkten auf Personalauswahl und Personalentwicklung soll für die weitere Entwicklung ein neuer Fokus hinzutreten: die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der Diskriminierungsprävention.

Der Kampf gegen Queerfeindlichkeit hat für uns oberste Priorität. Queere Menschen müssen überall in Berlin frei von Angst leben, uneingeschränkt teilhaben und ihre Rechte voll verwirklichen können. Aber auch queere Einrichtungen müssen vor Gewalt und Übergriffen konsequent geschützt werden. Wir begrüßen, dass der schwarz-rote Senat eine Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit vorgelegt hat – allerdings aus unserer Sicht inhaltlich unzureichend, ohne eine in Ansätzen hinreichende finanzielle Ausstattung und viel zu spät, so dass eine Umsetzung bis zum Wahltag am 20. September nur noch in Ansätzen gelingen wird. Konkrete Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit müssen in der kommenden Wahlperiode daher ressortübergreifend und schnellstmöglich ergriffen und umgesetzt werden. Außerdem sind die inhaltlichen Lücken in Rückkopplung mit der queeren Community zu schließen. Wir halten beim Kampf gegen Queerfeindlichkeit vor allem Maßnahmen im Bereich von Bildung, Prävention und verbesserten Schutzmaßnahmen besonders wichtig. Wir werden daher insbesondere Projekte stärken, die – zum Beispiel an Schulen und Bildungseinrichtungen – aufklären, Vorurteile abbauen und Akzeptanz fördern. Dazu sichern wir die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung dauerhaft ab und bauen sie aus. Wir wollen den Schutz queerer Einrichtungen verbessern und die Polizeipräsenz bei akuten Bedrohungslagen erhöhen. Zur Stärkung der Anzeigebereitschaft bei queerfeindlichen Taten wollen wir Polizei und Justiz weiter diskriminierungskritisch sensibilisieren. Zur Verbesserung der Daten- und Erkenntnisgrundlagen werden wir den jährlich erscheinenden Berlin-Monitor zu queerfeindlicher Gewalt in Berlin fortführen. Darüber hinaus wollen wir die vorgesehenen Maßnahmen der Landesstrategie verbindlich und mit den notwendigen finanziellen Mitteln hinterlegen – etwa bei der Stärkung bezirklicher Vernetzungsstrukturen und beim Schutz vor queerfeindlicher Gewalt.

Unser Ziel ist ein Berlin, in dem queere Menschen in allen Bezirken sicher, sichtbar und frei von Diskriminierung leben können. Dafür braucht es starke Gesetze, verlässliche Strukturen und endlich eine konsequente Umsetzung der beschlossenen politischen Maßnahmen.

Frage 3: Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?

Die verbindliche Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten in Landes- und Bezirkseinrichtungen ist für uns ein wichtiger Baustein, um Diskriminierung von LSBTIQ* abzubauen und gleichberechtigte Teilhabe durch die Verwaltung zu gewährleisten – sei es beispielsweise bei Polizei und Justiz, in den Jugendämtern, in Schule oder beispielsweise bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen. Deshalb wollen wir ein Queer-Mainstreaming als Querschnittsaufgabe etablieren und im Rahmen der Weiterentwicklung der IGSV verbindliche, überprüfbare Ziele für alle Senatsverwaltungen festlegen. Das Landesantidiskriminierungsgesetz sieht bereits heute eine verbindliche Fortbildungs- und Qualifizierungspflicht im Land Berlin zum Erwerb bzw. Ausbau von Diversity-Kompetenz bei Dienstkräften mit Vorgesetzten- und Leitungsfunktion vor. Wir halten es für richtig, diese Pflicht auf alle Dienstkräfte auszuweiten und den Erwerb der Diversity-Kompetenz zu spezifizieren, damit dezidiert auch über queere Lebensrealitäten und Diskriminierungsrisiken aufgeklärt wird. Das Diversity-Landesprogramm ist in diesem Sinne weiterzuentwickeln, auszubauen und mit einer klaren Verbindlichkeit für die Umsetzung zu versehen. Das gilt insbesondere für die Bereiche der Verwaltung mit Bürger*innenkontakt.

Unser Ziel ist es, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um queeren Menschen diskriminierungssensibel und respektvoll zu begegnen. Der Staat muss hier eine Vorbildfunktion einnehmen!

Frage 4: Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?

Ja, wir unterstützen ausdrücklich die Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie verpflichtende Aus- und Fortbildungen für alle pädagogischen Fachkräfte – unabhängig davon, bei welchen Einrichtungen und Trägern sie arbeiten – und haben bereits in der Vergangenheit auch dafür an der Seite mit queeren Bildungs- und Jugendprojekten gekämpft. Das war insbesondere bei der Novellierung des Berliner Bildungsprogramms notwendig, bei dem unter anderem Themen wie geschlechtliche, queere und familiäre Vielfalt abgeschwächt oder ganz gestrichen und eine diskriminierungssensible Pädagogik komplett getilgt werden sollten. Dazu gehörte auch der von der CDU-geführte Bildungsverwaltung vorangetriebene ideologische Kurs der Kürzung und Zerschlagung der queeren Bildungsarbeit. Hier konnten die Proteste von queeren Projekten und demokratischer Opposition immerhin erreichen, dass die Kürzungen im parlamentarischen Verfahren größtenteils zurückgenommen wurden. Wir werden uns gegen diese ideologischen Angriffe auf queere Bildung auch in Zukunft klar und entschieden stellen! Unser Ziel ist vielmehr, dass alle Berliner Schüler*innen Zugang zu queeren Bildungsangeboten erhalten und geschlechtliche sowie sexuelle Vielfalt als selbstverständlicher Bestandteil schulischer Bildung vermittelt wird. Deshalb werden wir queere Bildungsangebote flächendeckend an Berliner Schulen verankern sowie die Fachstelle für queere Bildung und die Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik in ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen. Damit sorgen wir für die dringend notwendigen qualitätsgesicherten Fortbildungsangebote. Wir halten diese Projekte auch im Sinne der Prävention für zentral, um Akzeptanz, Diskriminierungssensibilität und Respekt unter Schüler*innen zu befördern.

Darüber hinaus setzen wir auf eine diskriminierungskritische Schulentwicklung. Wir werden eine unabhängige Beschwerdestelle bei Diskriminierung an Schulen als Teil der LADG-Ombudsstelle einrichten, damit Schüler*innen und ihre Familien Diskriminierung niedrigschwellig melden können. Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Teilhabe ermöglicht und Schulen zu Orten macht, an denen Vielfalt selbstverständlich gelebt wird und sich alle unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sicher und respektiert fühlen.

Frage 5: Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?

Wir wissen um die besonders vulnerable Situation von TIN*-Personen in der Gesundheitsversorgung und werden daher ihre Diskriminierung gezielt bekämpfen. 40 % der trans* Personen in Deutschland berichten, dass sie in den letzten 12 Monaten bei der

Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten diskriminiert wurden. Für uns gilt daher ausdrücklich: Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss gleichberechtigt und diskriminierungsfrei sein. Wir wollen die gesundheitliche Versorgung für trans*, inter* und nichtbinären Menschen bedarfsgerecht weiterentwickeln, flächendeckend queere Gesundheits- und Pflegeangebote ausbauen und queere Perspektiven in Studium sowie Fort- und Weiterbildung der Sozial- und Gesundheitsberufe verankern, damit Fachkräfte diskriminierungssensibel und kompetent auf die Bedürfnisse queerer Menschen eingehen. Insbesondere im Bereich der psychischen Gesundheit wollen wir die Versorgung verbessern. Lange Wartezeiten werden wir gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung durch niedrigschwellige Lotsen- und Vermittlungsangebote verkürzen. Dabei berücksichtigen wir ausdrücklich die psychischen Belastungen und psychischen Erkrankungen, die infolge von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt entstehen.

Diskriminierung gefährdet die Gesundheit. Diskriminierung im Gesundheitswesen gefährdet Patient*innen. Die gesundheitliche Lage und Versorgung von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen oder Menschen aus marginalisierten Gruppen ist oft schlechter. Damit sich das ändert, braucht es strukturelle Veränderungen. Auch deswegen haben wir noch in der letzten Wahlperiode die Einrichtung einer Fachstelle gegen Diskriminierung im Gesundheitswesen initiiert. Sie hat erst vor kurzem endlich ihre Arbeit aufnehmen können. In ihr sehen wir einen wichtigen Baustein für eine diskriminierungssensible Gesundheitsversorgung in Berlin – gerade unter Berücksichtigung der besonderen Bedarfe von TIN*-Personen. Das bedeutet zum Beispiel, dass sich das medizinische Personal aktiv gegen Queerfeindlichkeit einsetzt, die Expertise von Community-Organisationen anerkannt und genutzt wird oder die Anlauf- und Beschwerdestellen des Gesundheitswesens dazu befähigt sind, TIN*-Personen professionell zu beraten und zu unterstützen. Wir wollen die Fachstelle daher weiter stärken.

Frage 6: Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin in Verwaltungsverfahren praktisch entlasten, beispielsweise durch einheitliche und deutlich vereinfachte Vorgaben zu den Verfahren der Stiefkindadoptionen in queeren Familien oder eine verpflichtende Qualifizierung der Mitarbeitenden zu den Rechten von queeren Familien in relevanten Behörden wie Elterngeldstellen, Standes- und Jugendämtern?

Wir wollen Regenbogenfamilien im Alltag besser unterstützen und bestehende Benachteiligungen konsequent abbauen. Dazu gehören auch diskriminierende, bürokratische und überreglementierte Verwaltungsverfahren für queere Familien, von der sogenannten „Stiefkindadoption“ bei lesbischen Paaren bis hin zur Aufnahme von Kindern in Regenbogenpflegefamilien. Auch deshalb wollen wir die Beratungsangebote für Regenbogenfamilien weiter ausbauen und treiben die Gründung eines weiteren Regenbogenfamilienzentrums voran. Regenbogenpflegefamilien wollen wir gezielt unterstützen und eine eigene Anlauf- und Beratungsstelle einrichten.

Ein wichtiger Baustein ist für uns zudem eine diskriminierungssensible Verwaltung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Richter*innen und Mitarbeitende der Gerichte oder das Personal der Jugendämter für einen diskriminierungs- und queersensiblen Umgang mit Regenbogenfamilien verpflichtend aus- und fortgebildet werden, um Vorurteile abzubauen und Verfahren diskriminierungsfrei zu gestalten. Insgesamt ist unser Ziel, dass

Regenbogenfamilien in Behörden selbstverständlich und gleichberechtigt behandelt werden.

Die Stiefkindadoption bei Zwei-Mütter-Familien ist diskriminierend und setzt Ungleichbehandlung fort. Sie gehört dringend abgeschafft. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für eine längst überfällige Reform des Abstammungsrechts ein, damit beide Elternteile von Geburt an rechtlich anerkannt werden. Auch dadurch würden die bestehenden Verwaltungsverfahren erheblich vereinfacht und Regenbogenfamilien nachhaltig entlastet werden.

Frage 7: Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?

Es ist eine Schande für die Regenbogenhauptstadt Berlin, dass queere Institutionen wie das SchwuZ oder das Café Berio schließen mussten. Dabei fehlte es auch an einem klaren Bekenntnis und an einer entschiedenen Unterstützung durch den schwarz-roten Berliner Senat. Wir werden die queere Infrastruktur nicht nur verteidigen, sondern dauerhaft sichern, langfristig fördern und weiter ausbauen. Queere Bars, Cafés, Clubs, aber auch queere Jugendzentren oder Beratungseinrichtungen sind Schutzräume, Orte der Vernetzung und wichtige Anlaufstellen für Empowerment und Communitybuilding. Wir werden einen queeren Aktionsplan gegen die Verdrängung von zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und Safer Spaces in der ganzen Stadt aufsetzen, um das Verschwinden queerer Orte zu stoppen und schaffen neue Angebote. Hier nehmen wir verstärkt auch Immobilien in Landes- und bezirklicher Hand in den Blick.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt der Berliner Clubkultur ein, die für viele queere Menschen ebenfalls ein wichtiger Safer Space ist und zu denen viele queere bzw. queerfreundliche Clubs gehören. Neben dem von uns eingeführten Schallschutzfonds und der Unterstützung der Arbeit der Clubcommission nutzen wir sämtliche Instrumente, um Clubs langfristig zu sichern: von einer besseren Absicherung durch planungsrechtliche Vorgaben und Auflagen durch Land und Bezirke über vereinfachte Genehmigungsverfahren und die gezielte Unterstützung von Zwischennutzungen bis hin zu unserem Einsatz für ein soziales Gewerbemietrecht, die Definition von Clubs als Kultureinrichtungen im Baugesetzbuch, eine Lärmschutz-Reform auf Bundesebene sowie eine eigene Förderkulisse. Wir wollen für akut bedrohte Orte der Clubkultur einen Notfallfonds einrichten und strukturorientierte Förderungen schaffen, die langfristige Planungssicherheit ermöglichen.

Frage 8: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Senior*innen in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?

Viele queere Senior*innen tragen eine Lebensgeschichte von emanzipatorischen Kämpfen, von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen mit sich, etwa durch die Verfolgungsgeschichte des § 175 Strafgesetzbuch. Wir als queere Community sind ihnen in besonderer Verantwortung verpflichtet. Wir halten es angesichts dessen für grundfalsch, dass der schwarz-rote Senat gerade die Mittel für das Angebot für homo- und bisexuelle Männer 50+ bei Mann-o-Meter gestrichen hat. Wir Grüne wollen, dass queere Senior*innen

in Berlin selbstbestimmt, sicher und sichtbar älter werden können. Insbesondere die „Fachstelle LSBTI*, Altern und Pflege“ leistet dafür äußerst wichtige Arbeit. Wir wollen sie stärken und die Strukturen für eine queersensible Altenarbeit berlinweit ausbauen. Im Sinne eines queeren Mainstreamings müssen auch die Regelstrukturen und -angebote für LSBTIQ* im Alter inklusiv und zugänglich sein. Wir wollen dabei die Akteur*innen in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit für die Lebensrealitäten queerer Senior*innen gezielt sensibilisieren und sie stärker mit der queeren Community zu vernetzen. Darüber hinaus sichern wir flächendeckend queere Pflegeangebote und bauen geschlechter- und diversitätssensible Versorgungsstrukturen weiter aus. Queere Perspektiven sollen stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildungen der Gesundheits- und Pflegeberufe verankert werden, damit ältere LSBTIQ* diskriminierungsfrei und bedarfsgerecht versorgt werden.

Um Teilhabe und Sichtbarkeit zu stärken, wollen wir auch gezielt mehr queere Senior*innen für die Senior*innenvertretungen gewinnen. Diese wollen wir durch verbindliche Beteiligungs- und Rederechte sowie eine bessere finanzielle Ausstattung stärken. Wir begrüßen es, dass nun endlich auch das RuT-Wohnprojekt für lesbische Frauen realisiert werden konnte. Wir unterstützen auch weiterhin, dass queere Mehrgenerationenprojekte als Safer Spaces eingerichtet werden und schaffen generationenübergreifende Begegnungsorte, um Einsamkeit entgegenzuwirken und die Teilhabe queerer älterer Menschen in den Kiezen zu fördern.

Aber auch die queere Community selbst muss ein inklusiver Ort werden. Altersdiskriminierung in den eigenen Reihen sagen wir daher den Kampf an. Wir setzen den Inklusionsfonds für eine barrierefreie Community fort, sichern ihn langfristig und bauen ihn weiter aus.

Frage 9: Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?

Wir wollen, dass LSBTIQ*-Perspektiven in der Förderung von Medien, Kultur und Sport selbstverständlich sichtbar sind und bei öffentlichen Förderentscheidungen Berücksichtigung finden. Deshalb setzen wir uns unter anderem für ein Berliner Kulturfördergesetz ein, das die Kulturförderung transparenter, gerechter und zukunftsfähig macht. Dazu gehören divers besetzte Fachjürs und Auswahlgremien, transparente Verfahren sowie der weitere Ausbau von Diversity Arts Culture oder die Förderung von Vorhaben wie FAIRSTAGE. Zudem stärken wir die Erinnerungskultur zu queerem Leben und fördern gezielt queere Perspektiven im Kulturleben der Stadt Zur Sicherung der queeren Geschichte und der Diskriminierungsgeschichte von LSBTIQ* in unserer Stadt. Wir unterstützen die wichtige Arbeit des Schwulen Museums und unterstützen den Aufbau eines queerfeministischen Archivzentrums.

Der Zugang zum Sport ist nicht frei von Diskriminierung und Ungleichbehandlung. Das gilt auch für queere Menschen. Wir wollen das ändern und werden daher gezielt den Sport für Frauen, Lesben und TIN*-Personen stärken. Mit Fortbildungsangeboten wollen wir mehr FLINTA*-Personen als Trainer*innen, Übungsleiter*innen und in Führungspositionen

gewinnen. Bei der Vergabe von Sportflächen wollen wir, dass Vereine mit einem entsprechenden Angebot eine bessere Chance auf Trainingszeiten bekommen. Gleichzeitig stärken wir Awareness-Strukturen und setzen uns für diskriminierungsfreie Sportvereine und Sportveranstaltungen ein.

Auch im Medienbereich setzen wir uns für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein, dessen Programm, Leitungsstrukturen und Gremien die Vielfalt Berlins widerspiegeln. Unser Ziel ist ein rbb, dessen Informations- und Unterhaltungsangebote der vielfältigen Stadtgesellschaft gerecht werden und in dem auch LSBTIQ*-Perspektiven selbstverständlich ihren Platz haben. In der Filmförderung wollen wir die bestehenden Fördersysteme weiterentwickeln und die Perspektiven einer diversen Stadtgesellschaft fest verankern.

Frage 10: Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?

Berlin soll ein sicherer Hafen sein, auch für queere Geflüchtete. Wir wollen, dass sie in Berlin wirksam geschützt werden und Zugang zu sicheren Unterkünften, Beratung und Unterstützung erhalten. Deshalb werden wir Anlauf- und Beratungsstellen für queere Geflüchtete sowie andere mehrfach marginalisierte queere Menschen in allen Teilen der Stadt fördern und die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen stärken.

In der Unterbringung setzen wir auf menschenwürdige und dezentrale Strukturen statt Massenunterkünfte. Unser Ziel sind mehr Wohnungen und kleinere Gemeinschaftsunterkünfte sowie Schwerpunktunterkünfte für besonders schutzbedürftige Personen wie queere Geflüchtete. Das bisherige Angebot reicht bei weitem nicht aus und ist nur prekär ausgestattet. Mit einem sozialen Unterbringungsgesetz wollen wir verbindliche Mindeststandards für Schutz, Qualität und Teilhabe schaffen. Dazu gehören aus unserer Sicht auch verbindliche queersensible Strukturen und Schutzkonzepte für alle Einrichtungen. Wir wollen, dass das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten mehr Kapazitäten bekommt, um besonders schutzbedürftige Geflüchtete frühzeitig zu identifizieren und angemessen unterzubringen.

Darüber hinaus werden wir in der Wohnungsnotfallhilfe spezialisierte Angebote für LSBTIQ*-Personen ausbauen und setzen uns für eine menschenrechtsbasierte Asylpolitik ein. Queere Geflüchtete sollen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei Zugang zu Schutz, Beratung und Unterstützung erhalten. Gerade queere Geflüchtete haben oft Gewalt, Verfolgung oder Diskriminierung erlebt und benötigen psychosoziale sowie psychotherapeutische Unterstützung. Wir möchten daher die psychologische und psychosoziale Versorgung für Geflüchtete stärken und einen niedrigschwelligen und bedarfsgerechten Zugang zu ihr ermöglichen.